

In Kürze: Der Bundesvorstand berichtet

Sitzung des Ausschusses für Lehrerbildung

In seiner Sitzung Mitte September 2007 in Fulda beschäftigte sich der Lehrerbildungsausschuss des VLW u. a. mit der Planung der Hochschullehrertagung, die am 16./17. November 2007 in Fulda stattfinden wird. Themen der Tagung werden die Debatte um die Schulqualität, die Ergebnisse einer ersten Evaluation der konsekutiven Lehrerbildungsstudiengänge sowie der Europäische und Deutsche Qualifikationsrahmen sein.

Ein weiteres Thema war – wie bereits bei der Sitzung des Lehrerbildungsausschusses im April – die geplante Fortschreibung der Rahmenvereinbarung für die Ausbildung und Prüfung für ein Lehramt der Sekundarstufe II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen (Lehramtstyp 5) vom 12.05.1995. Diesmal ging es um die Auswertung der sehr heterogenen Rückmeldungen der Kultusministerien der Länder auf die im Anschluss an die letzte Ausschusssitzung formulierte Positionierung des Verbandes (u. a. Fächerstruktur im Studium, Dauer des Vorbereitungsdienstes) zu dieser Thematik.

Ein weiterer Tagungsordnungspunkt war – aus gegebenem Anlass – die Problematik der Quereinsteiger für den Schuldienst. Darüber hinaus wurden u. a. Anträge für den dbb-Gewerkschaftstag verabschiedet und zukünftige Arbeitsschwerpunkte des Lehrerbildungsausschusses beraten.

Sitzung des Ausschusses Recht und Besoldung

Als zentralen Tagesordnungspunkt erörterten die Mitglieder des Bundesfachausschusses Recht und Besoldung auf ihrer Tagung am 14. und 15. September 2007 in Leipzig die Entwicklung im öffentlichen Dienstrecht. Im Beamtenrecht stehen im Rahmen der Föderalismusreform die notwendigen Gesetzgebungen durch den Bund und die Länder an. Der Bund hat hierzu für die Bundesbeamten und Bundesrichter den Entwurf eines neuen Bundesbeamtengesetzes (BBG) sowie eines Beamtenversorgungsgesetzes (BVG) mit Stand vom 30. sowie 31. August 2007 auf den Weg gebracht. Ein neues Beamtenstatusgesetz, das als Rahmengesetz das bisherige Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG) ablösen soll, wurde bereits im März in das Anhörungsverfahren gegeben. Der dbb bemängelt an diesem Entwurf, dass der Bund seinen Gestaltungsrahmen nicht sachgerecht und angemessen ausfüllt.

In den Berichten der Ausschussmitglieder aus ihren Landesverbänden wurde erneut deutlich, wie unterschiedlich sich Besoldung und Versorgung der Beamten in den Ländern entwickeln. Die derzeit geltenden Regelungen zu den Einmalzahlungen, Sonderzahlungen sowie geplanten Besoldungsanpassungen liegen den Ausschussmitgliedern in synoptischer Form vor. Darüber hinaus zeigte sich erneut, dass heute kaum noch jemand die unterschiedlichen Regelungen zu den Pflichtstundenzahlen, Ausgleichstunden, Anrechnungstunden etc. der Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Bundesländern zu benennen vermag.

Im Tarifrecht (TV-L) wurde im Ausschuss die Eingruppierungspraxis kritisch beleuchtet. Hierzu fordert der Ausschuss Nachbesserungen, die den Vertretern des VLW in der Tarifrundung mit auf den Weg gegeben wurden. Kritisch erörtert wurde ebenso die in einigen Bundesländern verordnete Zwangsteilzeitbeschäftigung. Der Ausschuss fordert für die Kolleginnen und Kollegen an den Berufsschulen eine 100-prozentige Beschäftigung mit 100 Prozent Bezahlung. Mit Erstaunen musste der Ausschuss zur Kenntnis nehmen, dass das Land Brandenburg Beamte mit in der Urkunde ausgewiesener Zwangsteilzeit ernennt, obwohl dies bereits in früheren Jahren in anderen Bundesländern, z. B. Schleswig-Holstein, von den Gerichten als rechtswidrig verurteilt wurde und die Länder die Beamten auf volle Planstellen setzen mussten. Hier darf mit Spannung auf die Entscheidung im laufenden Gerichtsverfahren gewartet werden.

Im Mittelpunkt der nächsten Sitzung des Ausschusses am 23. und 24. November 2007 werden die Entwicklung der Beruflichen Schulen zu selbstständigen Schulen und die sich daraus ergebenden Folgerungen für die Personalratsarbeit stehen. Weitere Tagesordnungspunkte werden die Entwicklung der Umsetzung der Leistungselemente in der Besoldung sowie die weitere Entwicklung im Tarifrecht sein.

Ausbildungsberufe: Strukturen – Beschulung - Ausbildungsplätze

Bei einer Analyse der bestehenden Berufe unter aktuellen ordnungspolitischen Aspekten (Berufsgruppen, gemeinsame Qualifikationen und Beschulung) hat das KWB u. a. Folgendes festgestellt:

- 42 % aller Ausbildungsverhältnisse (ca. 640 000 Jugendliche) bestehen derzeit in 16 Berufsgruppen mit insgesamt 76 Berufen.
- Für 107 Ausbildungsberufe (31 %) bestehen moderne Ordnungskonzepte. In diesen Berufen werden 71 % aller Jugendlichen (1,080 Mio. Auszubildende) ausgebildet.
- Gemeinsame Qualifikationsanteile weisen 239 Berufe (69 %) auf, in denen sich 93 % der Auszubildenden (1,421 Mio. Jugendliche) befinden. In den übrigen 111 Einzelberufen bestehen ca. 105 500 Ausbildungsverhältnisse (7 %).

Neue Berufe 1996 bis 2006 – Das KWB zieht eine Zwischenbilanz

Seit Mitte der 90er Jahre sind 55 neue Berufe entstanden, in denen zwischenzeitlich bereits 10 % der Ausbildungsverträge im dualen System abgeschlossen werden. Diese neuen Berufe finden sich vor allem in einer Dienstleistungsbranche und/oder Dienstleistungstätigkeit sowie im Zusammenhang mit dem Technologiewandel in IT- oder Medienbranchen bzw. entsprechenden Tätigkeitsfeldern. In fast der Hälfte der neuen Ausbildungsberufe gibt es mehr als 1000 Ausbildungsverhältnisse, in acht neuen Berufen mehr als 5000. Von fünf Berufen, die weniger als 100 Ausbildungsverhältnisse aufweisen, befinden sich drei noch in der Einführungsphase, so dass ihr Ausbildungspotenzial noch nicht ausgeschöpft wird.

Später Start ins Berufsleben

In Deutschland sind dem Lernen (zu) viele Jahre gewidmet. Abiturienten sind durchschnittlich 20 Jahre alt, wenn sie die Schule verlassen. Bei Ausbildungsbeginn haben die Jugendlichen ein Durchschnittsalter von 19 Jahren (z. T. bedingt durch berufsvorbereitende Maßnahmen, Jobben oder Nachholen eines Schulabschlusses). Und Hochschulabsolventen weisen bereits 28 Jahre auf, wenn sie die Universität verlassen.

Duales Studium

Mehr als 24 000 Unternehmen in Deutschland kooperieren mit 665 Akademien und Hochschulen, um ca. 43 000 jungen Menschen nach dem Abitur die Möglichkeit zu geben, in einem dualen Studium betriebliche Praxis und theoretische Ausbildung an einer Hochschule zu kombinieren.

SIGRID LÜDECKE